

Lust auf Rechte

Über Sexarbeit wird wenig gesprochen, mit den Sexarbeiterinnen selbst noch weniger – eine Lücke, die Sophie schließen will. [Corinna Widhalm](#)

In der Diskussion über Sexarbeit lassen sich vor allem zwei Diskursstränge unterscheiden: Zum einen jener, in welchem Frauen als wehrlose Opfer des patriarchal-kapitalistischen Systems begriffen werden. Diesem steht, zum anderen, die Konstruktion von Prostitution als sündigem, amoralischem, (halb-)kriminellem Geschäft gegenüber, welches ein sicherheitspolitisches Problem darstellt. Die Doppelmoral dessen offenbart sich nicht nur in Bordellbesuchen hochrangiger Torte-Politiker' zwecks „Sicherheitschecks“, sondern auch in den gesetzlichen Bestimmungen selbst. Rechtlich ist Prostitution zwar erlaubt, verstößt jedoch laut einem OGH-Urteil gegen die „guten Sitten“. Das bedeutet, dass Sexarbeiterinnen juristisch keine Möglichkeit haben, gegen nicht zahlende Kunden vorzugehen, da es sich um einen „sittenwidrigen Vertrag“ handelt, bei dem „Leichtsinn, Unerfahrenheit, Triebhaftigkeit und Trunkenheit von Personen“ ausgenutzt werden.

Wenig Rechte, viele Pflichten

Prinzipiell sind die gesetzlichen Regelungen von Bundesland zu Bundesland verschieden, einzig die wöchentliche „Gesundenuntersuchung“ ist bundesweit vorgeschrieben. Anstellungsverhältnisse und die Eingliederung von Sexarbeit in Gewerbeordnung und Vertragsrecht sind mit der konstatierten Sittenwidrigkeit nicht kompatibel – das Zahlen von Steuern jedoch schon. Das heißt, Prostituierte zahlen Einkommens- und Umsatzsteuer. Arbeitsrechtlich gelten Prostituierte als „Neue Selbstständige“, das bedeutet, nach der polizeilichen (!) Registrierung müssen sie sich bei der Sozialversicherung anmelden und sind somit unfall-, krankens- und pensionsversichert, haben jedoch keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung. Dieser rechtliche Graubereich schafft genau jene Bedingungen,

welche ausbeuterische und zuhälterische Strukturen begünstigen und Frauen zu „Opfern“ machen.

Frauen als Opfer?

An diesem Punkt geht es um den vorhin angesprochenen Diskurs, in welchem Frauen vor allem als Opfer wahrgenommen werden. Der Zusammenhang von Herrschafts- und Produktionsverhältnissen mit der Regulierung weiblicher Sexualität und dem Körper als Ware ist ein wichtiger Punkt, wenn es um Sexarbeit geht. Die Ablehnung jener Verhältnisse führt jedoch häufig zu (impliziter) Stigmatisierung oder Opfer-Rhetorik. Dass auch hier oft bürgerliche Moralvorstellungen am Werk sind, zeigt sich, wenn Sexarbeit automatisch mit Ausbeutung und Entwürdigung identifiziert wird, die Freiwilligkeit und Autonomie etwa von Supermarkt-Angestellten jedoch nicht hinterfragt wird. Sexarbeit per se nicht zu verurteilen, sondern die Bedingungen und Strukturen, unter welchen sie entsteht und abläuft, zu verändern, ist der Ansatzpunkt von *Sophie*.

Sophie hört zu

Sophie – Bildungsraum für Prostituierte gibt es seit nunmehr zwei Jahren, damals mit einem Schwerpunkt auf Qualifizierungsmaßnahmen und Umschulungsprogrammen im Rahmen des EU-Programms equal gegründet. Heute ist der Fokus breiter: Neben den Schulungsangeboten, die von Deutschkursen bis Workshops reichen, werden die Frauen im Rahmen der Streetwork „besucht“ und es wird muttersprachliche juristische Beratung zu Arbeitsrecht, Schulden oder Polizeistrafen und mentale Unterstützung geboten. Dabei sind, Projektleiterin Eva van Rahden zufolge, um die 90 Prozent der betreuten Frauen Migrantinnen.

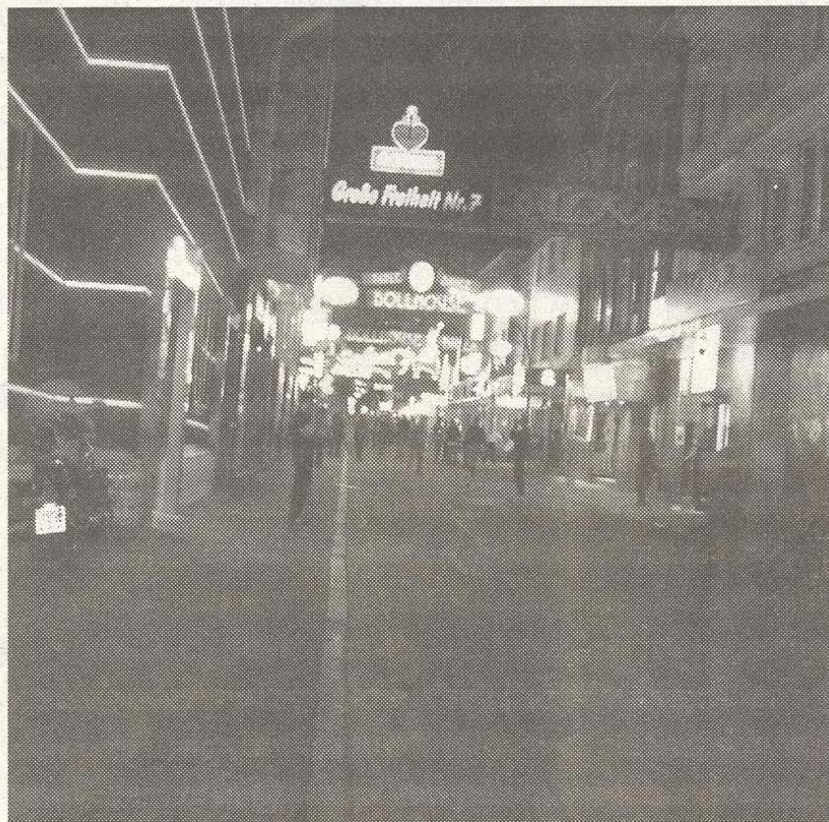


Foto: Gabi Tremmel

Akzeptanz und Empowerment stehen an erster Stelle, Unterstützung wird ohne Verpflichtungen oder Verurteilungen bereitgestellt. Dabei ist das Schaffen von Handlungsspielräumen durch Bildung, Information und Unterstützung oberstes Ziel. Nicht immer jedoch ist *Sophie* in den Bordellen und Clubs erwünscht, vor allem in jenen, wo die „Elite“ des Landes verkehrt und Diskretion oberstes Gebot ist, auch wenn „im Fall des Falles“ immer noch der „Sicherheitscheck“ ins Feld geführt werden kann.

¹ Hilmar Kabas (FPÖ) wurde im Jahr 2000 Opfer einer Tortung vor laufenden ORF-Kameras. Im selben Jahr wurde ein Bordellbesuch öffentlich, den er in der Folge als „Sicherheitscheck“ bezeichnete.